

Gemeinderat - öffentlich - vom 21.01.2014

1) TOP 1-115/13 Hauger, Thomas und Dr. Wagner, Bertolt - Verpflichtung als Stadtrat

Herr Thomas Hauger und Herr Dr. Bertolt Wagner werden von Bürgermeister Bernhard Kaiser auf die gewissenhafte Erfüllung ihres Amtes als Stadträte mit folgendem Wortlaut verpflichtet.

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt gewissenhaft zu wahren und deren Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Herr Thomas Hauger und Herr Dr. Bertolt Wagner sprechen die Verpflichtungsformel nach.

2) TOP 1-117/13 Gemeinderat - Änderung Ausschussbesetzung

Bürgermeister Kaiser: Frau Teubert sei nicht wie in der Sitzungsvorlage genannt, Mitglied des Bauausschusses, sondern Mitglied des Hauptausschusses gewesen. Er bitte um Korrektur.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(Einstimmig)

3) TOP Bürger fragen

Keine.

4) TOP 1-004/14 Genehmigung der Haushaltssatzung 2014

Stadtrat Hall: Einige Aussagen des Regierungspräsidiums seien nicht nachvollziehbar. Insbesondere der Kommentar „alternativlos“ und die Vermutung, dass die Personalausgaben steigen würden, könne er nicht so stehen lassen. Der Gemeinderat würde selbstverständlich Alternativen entwickeln.

Bürgermeister Kaiser: Die Verwaltung werde einige dieser Aussagen kommentieren und dies an der richtigen Stelle vorbringen.

Beschluss: Die Genehmigung wird zur Kenntnis genommen.

5) TOP 1-003/14 Verpflichtung Oberbürgermeister - Regularien

Bürgermeister Kaiser: Aus dem Kreis der Fraktionssprecher sei vorgeschlagen worden, dass das älteste Mitglied des Gemeinderates die Vereidigung und Verpflichtung von Herrn Oberbürgermeister Erik Pauly vornehmen solle. Herr Stadtrat Franz Wild werde hiermit vorgeschlagen. Der Termin für die Vereidigung und Verpflichtung werde noch bekannt gegeben.

Beschluss: Für die Vereidigung und Verpflichtung von Herrn Oberbürgermeister Erik Pauly wird Herr Stadtrat Franz Wild gewählt.

(einstimmig)

6) TOP 1-008/14 Amt Öffentliche Ordnung - Besetzung Stelle Amtsleitung

Bürgermeister Kaiser: Die Stelle solle baldmöglichst ausgeschrieben werden, damit eine zeitnahe Besetzung der Amtsleiterstelle erfolgen könne und somit die Möglichkeit bestehe, dass der neue Amtsleiter einige wenige Tage noch mit Herrn Zimmermann zusammen arbeiten könne.

(Auf Frage von Stadtrat Roland Erndle): Die Amtsleiterstelle werde als Beamtenstelle in A 13 ausgeschrieben. In der Regel würden sich Personen bewerben, die im gehobenen nicht-technischen Verwaltungsdienst Erfahrung hätten.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

7) TOP 1-002/14 Feuerwehrbeschaffung - Vereinbarung über die Schadensregulierung

Herr Butsch: (Auf Frage von Stadtrat Kaiser) Der komplette Schaden könne nicht beziffert werden. Es seien tausende von Kommunen von dem Kartell betroffen.

Beschluss: Der Sachstand wird zur Kenntnis genommen.

8) TOP 1-005/14 Kommunalwahlen 2014 - Bestellung Gemeindewahlausschuss/Organisationsfragen

Beschluss:

1. In den Gemeindewahlausschuss werden berufen:

Vorsitzender: Bürgermeister Bernhard Kaiser

Stellvertreter: Herr Tobias Butsch

2. Stellvertreter: Herr Georg Zoller

Als Beisitzer/Stellvertreter werden gewählt:

Für die CDU-Fraktion

Beisitzer: Gisela Rösch

Stellvertreter: Angelika Wölfle

Für die FDP/FW-Fraktion:

Beisitzer: Hans-Peter Roller

Stellvertreter: Alois Käfer

Für die SPD-Fraktion:

Beisitzer: Horst Fischer

Stellvertreter: Anita Reinbolz

Für die GUB-Fraktion:

Beisitzer: Manfred Glunk

Stellvertreter: Jörg Mietz

2. Für die Grünen-Fraktion:

Beisitzer: Heinrich Probst

Stellvertreter: Eberhard Kern

- 3.

Der Termin der Wahlbekanntmachung wird zur Kenntnis genommen.

Der vom Nussbaum-Verlag angebotenen kostenlosen Einstellung von Fotos und Kurzbiografien der Kandidaten für die Gemeinderats- und Ortschaftsratswahl wird zugestimmt.

(einstimmig)

9) TOP 1-006/14 Annahme von Spenden - Genehmigung durch den Gemeinderat

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(Einstimmig)

10) TOP 3-013/13 Residenzbereich - Verkehrsrechtliche Regelung der neu gestalteten Straße

Bürgermeister Kaiser: Nachdem er mit Herrn Pauly die Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung durchgesprochen habe, habe dieser den Wunsch geäußert, die Entscheidung über die verkehrsrechtlichen Regelungen im Residenzbereich auf einen Zeitpunkt nach Fertigstellung der kompletten Baumaßnahmen im Residenzviertel zu vertagen. Über eine mögliche Tonnagebeschränkung könne bereits in der heutigen Sitzung entschieden werden.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Da in den kommenden Monaten mit vielen Touristen in diesem Bereich gerechnet werden könne und auch in diesem Bereich allgemein mit mehr Fußgängern gerechnet werden müsse, sei es zwingend notwendig, bereits heute Sofortmaßnahmen zu ergreifen. Für die Fußgänger sei die momentane Situation sehr gefährlich. Ohne ein Verkehrskonzept könne nicht über die Schaffung von Einbahnstraßen entschieden werden, jedoch müsse jetzt über eine Geschwindigkeitsbegrenzung gesprochen werden. Die GUB-Fraktion stimme der in der Sitzungsvorlage vorgeschlagenen Tonnagebeschränkung zu.

Stadtrat Karrer: Auch die SPD-Fraktion werde der vorgeschlagenen Tonnagebeschränkung zustimmen. Er könne den Wunsch von Herr Pauly, die Entscheidung über eine Geschwindigkeitsbegrenzung zu vertagen, nachvollziehen. Dennoch müsse aber nach Fertigstellung der Baumaßnahme eine Entscheidung getroffen werden. Sollte ein Verkehrsberuhigter Geschäftsbereich mit einem Tempolimit von 20 km/h beschlossen werden, müsse sich diese Zone über die Karlstraße bis hin zum Rathaus erstrecken.

Stadtrat Hall: Es sei wichtig, über die verkehrsrechtlichen Entscheidungen im Frühjahr, vor der Fertigstellung der Maßnahme zu beraten. Für diese Beratung solle die Stadtverwaltung ein Gesamtkonzept entwickeln, das die Fußgänger im Bereich der Kunst- und Musikschule mehr berücksichtige, die Parksituation darlege und auch die Auswirkungen von Einführungen von Einbahnstraßen mit Zahlen darlege. Für dieses Gesamtkonzept müssten auch Pläne vorbereitet werden. Er wünsche sich außerdem, dass die in der Zukunftswerkstatt mit Bürgern erarbeiteten Ideen im Gemeinderat präsentiert und besprochen würden. Der Tonnagebeschränkung könne bereits heute zugestimmt werden.

Stadtrat Blaurock: Die Situation sei derzeit sehr unbefriedigend. Es müsse jetzt gehandelt werden. Auch im Hinblick auf das Aufenthaltsgefühl im Residenzviertel solle der Bereich von der Stadtkirche bis zur Schützenbrücke in eine Zone 325 umgewandelt werden. Dieser Abschnitt habe für ihn Priorität.

Stadtrat Kuttruff: Er habe Verständnis für die von Herrn Pauly vorgeschlagene Vorgehensweise, dennoch spreche auch er sich dafür aus, bereits heute eine Entscheidung zu treffen. Mit der Einführung eines Verkehrsberuhigten Geschäftsbereiches (20 km/h) würde die Gefahr für Fußgänger gemindert werden und ein sofortiger Effekt sichtbar. Die Schützenbrücke birgt ein Gefahrenpotenzial. Mit einer visuellen Abgrenzung zwischen Straße und Fußgängerbereich könnte die bisherige Situation deutlich entschärft werden.

Der Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss: Dem Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt zu vertagen und mit den gewünschten Ergänzungen von Herrn Stadtrat Hall eine neue Sitzungsvorlage zu erstellen, die ab dem 21. März 2014 erneut in einer Sitzung beraten wird, wird nicht zugestimmt.

(mehrheitlich Nein)

Herr Bunse: Die letzte umfassende Verkehrszählung habe am 26. September 2006 stattgefunden. Im Jahr 2011 sei im Planbereich vor der Sperrung eine Verkehrszählung erfolgt. Während der Bauzeit seien nur begrenzte Zählungen durchgeführt worden. Im Bereich des Hindenburgs seien aufgrund von Optimierungsmaßnahmen in der Ampelschaltung lediglich Zählungen der Linksabbieger vorgenommen worden. Bezüglich der Einbahnstraßen würden schon erste grobe Pläne bestehen.

Herr Zimmermann: Die Einrichtung einer Zone 325 sei nur in Straßen erlaubt, in denen der Verkehr eine untergeordnete Rolle spiele. Da dies im Residenzbereich nicht der Fall sei, da 10.000 Fahrzeuge täglich die Straße befahren würden, sei die Festsetzung einer Zone 325 rechtlich nicht möglich.

Bürgermeister Kaiser: Die Mittel für das geplante Verkehrskonzept hätten aufgrund der Konversion gestrichen werden müssen. Für die Konversionsmaßnahme sei aber eine Verkehrsplanung notwendig. Diese angestrebte Verkehrsplanung solle dann erweitert und eine gesamthafte Planung für die Stadt gemacht werden.

Der vom Gemeinderat beschlossene städtebauliche Entwurf sei so wie geplant umgesetzt worden. Es sei nicht vorgesehen und auch nicht möglich, auf der Schützenbrücke eine Abgrenzung zwischen Fahrbahnfläche und Gehweg zu installieren.

Die Verkehrsmenge würde sich mit dem Bau des Zubringers in Allmendshofen nicht um 30 % bis 40 % sondern lediglich um 10 % bis 20 % reduzieren.

Dass eine Zone 325 nicht möglich sei, habe bereits Herr Zimmermann erläutert. Des Weiteren würden sich bei einer weiteren Geschwindigkeitsregulierung Probleme im öffentlichen Nahverkehr bezüglich der Taktung ergeben. Wichtig sei, dass der angestrebte Verkehrsberuhigte Geschäftsbereich mit Tempo 20 km/h komplett in der Innenstadt umgesetzt werde.

Stadtrat Blaurock: Er möchte darauf hinweisen, dass die heute beschlossenen Änderungen nur als vorläufige Verkehrsregelungen beschlossen würden.

Stadträtin Weishaar: Die Situation für Fußgänger auf der Schützenbrücke müsse durch eine Sofortmaßnahme dringend verbessert werden. Die Gefahren für Fußgänger an dieser Stelle seien enorm hoch. Die Fußgänger selbst würden sich nicht sicher fühlen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Vorschlag, vorläufig von der Schützenbrücke bis einschließlich Haldenstraße einen Verkehrsberuhigte Geschäftsbereich Tempo 20 km/h einzuführen, zu.
2. Die bereits vorhandene Tonnagebeschränkung in der Innenstadt wird auf die Fürstenbergstraße (ab Stadionstraße), die Josefstraße (ab Kreisverkehr Bahnhofstraße), die Max-Egonstraße (ab Bahnhofstraße) und die Hermann-Fischer-Allee (ab Käferstraße) mit Zeichen 253 StVO (Verbot für Kraftfahrzeuge über 3,5 t) mit dem Zusatz „Lieferverkehr frei“ erweitert.

(einstimmig)

11) TOP 4-003/14 Deutsch-Französische Brigade / Auflösung des 110. Infanterie-Regiments - weiteres Vorgehen

Bürgermeister Kaiser: Nach Bekanntwerden der Auflösung des 110. Infanterieregiments habe die Stadtverwaltung bereits viele Gespräche geführt um einen geordneten Konversionsprozess einzuleiten. Der Auflösungsappell für den Militärverband finde am 24. Juni 2014 statt. Es sei noch nicht bekannt, welche Flächen konkret frei werden sollen. Des Weiteren schlage die Verwaltung vor, das Konversionsprojekt nicht über den städtischen Haushalt abzuwickeln. Denkbar wäre die Gründung eines Eigenbetriebes.

Stadtrat Hall: Es sei sehr gut, dass die Verwaltung bereits jetzt aktiv werde. Die Konversion müsse sehr gut gelingen und fordere aus diesem Grund jeden Einzelnen. Er stelle hiermit den Antrag, bereits vor den Kommunalwahlen im Mai einen Konversionsausschuss zu bilden. Diesem angehören sollen neben Mitgliedern des Gemeinderates Vertreter der IHK, der HWK, Vertreter der Hochschulen und allgemein Vertreter der Industrie und des Gewerbes. Aufgabe dieses Ausschusses sei das Sammeln von Ideen.

Stadtrat Karrer: Der in der Sitzungsvorlage aufgeführte Zeitplan der Verwaltung sei sehr ambitioniert. Sollte der städtebauliche Wettbewerb erst im Sommer 2015 umgesetzt werden können, sei dies zeitlich auch sehr gut. Die Gründung eines Konversionsausschusses zum jetzigen Zeitpunkt könne er nicht befürworten. Die erste Zukunftswerkstatt könne Ideen sammeln. Erst nach der Kommunalwahl, mit dem neugewählten Gemeinderat, solle ein Ausschuss gebildet werden.

Stadtrat Kuttruff: Ein Konversionsausschuss solle erst nach der ersten Zukunftswerkstatt, die am 28. Juni stattfindet, gebildet werden.

Stadtrat Blaurock: Auch er halte es für besser, zuerst die Zukunftswerkstatt stattfinden zu lassen und dann einen Konversionsausschuss mit den neugewählten Mitgliedern des Gemeinderates zu bilden.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Der Konversionsausschuss solle jetzt gebildet werden. Würde dies erst mit dem neugewählten Gemeinderat gemacht werden, würde dieser Ausschuss sicherlich nicht vor September tagen.

Bürgermeister Kaiser: Es freue ihn sehr, dass der Gemeinderat so dynamisch in dieser Angelegenheit sei. Es müsse aber ein Schritt nach dem anderen gegangen werden. Nach Auflösung des 110. Infanterieregiments werde noch ein Nachkommando in Donaueschingen stationiert sein, das noch bis in das Jahr 2015 bestehen bleiben werde.

Stadtrat Hall: Momentan sei die wirtschaftliche Lage sehr gut. Aus diesem Grund halte er es für wichtig, bereits heute tätig zu werden und den Konversionsausschuss zu gründen. Insbesondere müsse die IHK eng mit der Verwaltung zusammenarbeiten.

Stadtrat Roland Erndle: Die Vorlage sei sehr gut, dennoch sei zu erkennen, dass viele Detailfragen noch nicht geklärt seien. Man wisse nicht, welche Flächen frei würden, welche Infrastruktur vorhanden sei und weiter benutzt werden könne oder auch welche Altlasten die Stadt erwarte.

Bürgermeister Kaiser: Sollte sich der Gemeinderat für die Gründung eines Konversionsausschusses zum jetzigen Zeitpunkt aussprechen, würde die Verwaltung eine Sitzungsvorlage für die Gemeinderatssitzung am 18. Februar vorbereiten. Heute müsse dann noch entschieden werden, wie viele Gemeinderäte diesem Ausschuss angehören sollen. Elf Gemeinderäte

sei eine denkbare Variante.

Stadtrat Blaurock: Das bisherige Vorgehen der Verwaltung sei sehr gut. Durch das frühe Reagieren könnten Probleme frühzeitig erkannt und somit auch angegangen werden. Auch er halte die Gründung eines Konversionsausschusses zum jetzigen Zeitpunkt für richtig. Dieser könne die Basis für die Beratungen in der Zukunftswerkstatt vorbereiten.

Herr Bunse: Es sei geplant, den Projektpartnern Fragebögen zuzusenden, in denen abgefragt werde, was für Ideen für die Konversionsflächen bestehen und wo ein Bedarf gesehen werde. Dies sei momentan in Vorbereitung. Mit diesen Erkenntnissen solle dann in die Zukunftswerkstatt eingestiegen werden.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Bildung eines Konversionsausschusses zu.

(23 Ja, 4 Nein, 3 Enthaltungen)

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Konversionsausschuss aus 11 Mitgliedern des Gemeinderates zu bilden und auch Vertreter aus Wirtschaft und Gewerbe als Mitglieder des Konversionsausschusses zu gewinnen.

(einstimmig)

12) TOP 4-007/14 Baugebiet Schützenberg, 2. BA - Grundstückspreise

Bürgermeister Kaiser führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Blaurock: Die gestiegenen Kosten für die Erschließung der Quartiere müssten an die Käufer weitergegeben werden. Es sei aber auch klar, dass die Grundstückspreise für die beiden bereits erschlossenen Quartiere nicht mehr erhöht werden sollten. Der Gemeinderat sollte sich allgemein über das Thema Grundstückspreise in einer Sitzung unterhalten. Hierfür beantrage die Grünen-Fraktion, dass die Verwaltung eine Kostenkalkulation für sämtliche Baugebiete erstelle, um darzulegen, wie hoch die Kosten für die Stadt seien.

Bürgermeister Kaiser: Eine wie von Herrn Stadtrat Blaurock gewünschte fundierte Kalkulation sei äußerst aufwendig und die Verwaltung würde für die Erstellung einige Zeit in Anspruch nehmen müssen.

Stadtrat Roland Erndle: Bei der Festlegung der Verkaufspreise müsse auch der Wettbewerb zu anderen Kommunen und zum anderen auch die Bauträger und die Bauwilligen berücksichtigt werden. Sollten die Verkaufspreise nur anhand der kalkulatorisch errechneten Kosten festgelegt werden, würde die Stadt Donaueschingen damit nichts gewinnen.

Beschluss:

1. Dem Antrag der Grünen-Fraktion, eine Kostenkalkulation für sämtliche Baugebiete in Donaueschingen zu erstellen und diese dem Gemeinderat zur Beratung vorzubereiten, wird nicht zugestimmt.

(15 Nein, 9 Ja, 6 Enthaltungen)

2. Die sechs Restgrundstücke in den beiden bereits erschlossenen Quartieren werden zu den am 29.01.2013 beschlossenen Verkaufspreisen veräußert.
3. Der Verkaufspreis für das noch nicht erschlossene 3. Quartier (Carl-Scheu-Straße) wird dann neu festgelegt, wenn der Erschließungszeitpunkt feststeht.

(29 Ja, 1 Enthaltung)

**13) TOP 4-006/14 Unbebaute Grundstücke / Erwerbs- und Vermessungskosten -
überplanmäßige Ausgaben**

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird
zugestimmt.

(einstimmig)

14) TOP 4-010/14 Modernisierung Straßenbeleuchtung, 5 BA 2014 / Vergabe Lieferung

Herr Bunse: Die Preise der sechs Bieter seien so unterschiedlich ausgefallen, da nicht alle ein gleichwertiges Angebot abgegeben hätten. Insbesondere die Produktqualität sei für die Gewichtung und Bewertung der Zuschlagskriterien sehr wichtig. Bieter Nr. 6 habe die niedrigste Angebotssumme. Die Verwaltung habe sich zunächst dafür interessiert. Nach der Einholung von Referenzen bei einer Stadt sei das Interesse aber wieder verflogen. Diese Stadt sei mit den Leistungen des Bieters Nr. 6 nicht zufrieden.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

**15) TOP 4-001/14 Entenburgweg / Pfohren - Neubau Brücke über Entenbach -
überplanmäßige Ausgabe**

Herr Bunse: (Auf Frage von Stadträtin Rösch) Das Ingenieurhonorar werde über die HOAI geregelt und biete daher keinen Spielraum. Die in der Vorlage genannten 13.398,84 € Ingenieurhonorar würden sich auf die Gesamtkosten der Maßnahme in Höhe von rund 100.000 € belaufen.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

16) TOP 6-001/14 Regionale Schulentwicklung - Sekundarstufe in den allgemein-bildenden Schulen Donaueschingens

Bürgermeister Kaiser führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Karrer: Bereits im Dezember 2012 habe die SPD-Fraktion den Antrag gestellt, dass in einer Sitzung grundsätzlich über die Schulentwicklung gesprochen werde. Es sei wichtig, dass alle Beteiligten, wie Elternvertreter und Schulleiter auch an dieser Diskussion teilnehmen würden.

Die Aussagen des Schulamtes in der Sitzungsvorlage seien sehr schwammig und es werde nur auf das Prinzip Hoffnung gesetzt.

Stadtrat Hall: Das gemeinsame Ziel des Gemeinderates sei, gute Schulen in Donaueschingen zu haben. Es sei wichtig über die Weiterentwicklung von Schulen in Donaueschingen zu sprechen. Diese Diskussion solle nicht in erster Linie beim Schulamt erfolgen sondern im Gemeinderat. Dieser müsse festlegen, wo und wie man sich weiterentwickeln wolle.

Stadträtin Weishaar: Die Aussage des Schulamtes, dass Donaueschingen ein stabiles Schulsystem habe, könne sie so nicht unterstreichen. Die Werkrealschule würde momentan aufgrund der zu niedrigen Übergangszahlen in Klasse 5 nur eine Einzügigkeit erreichen. Auf die Tatsache, dass die Eltern an der Werkrealschule kein Interesse mehr hätten, müsse der Gemeinderat reagieren. Bezüglich der Raumkapazitäten dürften die aufgrund der sinkenden Schülerzahlen an der Werkrealschule freiwerdenden Klassenzimmer nicht unberücksichtigt bleiben.

Stadtrat Blaurock: Auch er halte es für notwendig, dass die Verwaltung gemeinsam mit dem Gemeinderat und anderen Beteiligten über die Schulentwicklung insbesondere über die Eichendorffschule spreche. Andere Gemeinden würden und hätten bereits darauf reagiert, dass die Werkrealschule ein Auslaufmodell sei.

Bürgermeister Kaiser: Das Land würde sich derzeit sehr vorsichtig zur weiteren Entwicklung der Sekundarstufen äußern. Zu erwähnen sei, dass die Werkrealschule in Klasse 6 bereits wieder zweizügig sei, da es viele Rückstufungen von der Realschule und vom Gymnasium gebe. Freie Kapazitäten an der Eichendorffschule seien nicht vorhanden.

Die Realschule sei aufgefordert, ein räumliches und pädagogische Konzept zu entwickeln, wie das bereits beim Fürstenberg-Gymnasium der Fall gewesen sei. Dieses Papier solle dann auch eine Grundlage für die Entscheidung sein, ob die Realschule neu gebaut oder modernisiert werde.

Herr Romer: Sollte eine Verbundschule zwischen der Werkrealschule und der Realschule gebildet werden, würde dies nach fünf Jahren automatisch zur Gemeinschaftsschule führen.

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass alle für die Regionale Schulentwicklung notwendigen Angebote im Raum Donaueschingen vorhanden sind.
2. Der Entwicklung der in Donaueschingen vorhandenen weiterführenden Schulen wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung berichtet zeitnah über sich anbahnende Änderungen in der Schullandschaft und legt dem Gemeinderat die

neuen Fakten zur Beratung und Entscheidung vor.

4. Der Hauptausschuss wird sich in einer Sondersitzung in absehbarer Zeit mit dem Thema Schulentwicklung mit allen Beteiligten auseinandersetzen.

(einstimmig)

17) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Spielplatz an der Augustastraße

Stadträtin Riedmaier: Der Spielplatz an der Augustastraße sei nicht bedarfsgerecht saniert worden. Für unter Vierjährige sei bis auf das Rondell und eine Schaukel nichts geboten.

Herr Bunse: Wunsch des Gemeinderates sei es, die Spielplätze auf Vordermann zu bringen. Dies würde die Verwaltung ohne eingestellte Mittel im Haushaltsplan nach ihren Möglichkeiten umsetzen. Er hätte bereits positive Rückmeldungen für die Sanierung dieses Spielplatzes bekommen. Er werde sich aber sehr gerne mit Frau Stadträtin Riedmaier vor Ort treffen und nach Möglichkeiten suchen, den Spielplatz auch für die Allerjüngsten attraktiver zu machen.

Alter Festhallenplatz – Uhr

Herr Bunse: (Auf Anmerkung von Stadträtin Blaurock) Er werde sich darum kümmern, dass die Uhr am alten Festhallenplatz wieder richtig zum Laufen gebracht werde.

Siedlersteg – Mülleimer

Herr Bunse: (Auf Frage von Stadträtin Schmitt) Da der Siedlersteg erst saniert worden sei, müsste noch der ein oder andere Mülleimer wieder montiert werden. Er werde dies den Technischen Diensten in Auftrag geben.

18) TOP Für den Fall, dass ausreichend Zeit ist, wird der kürzlich fertiggestellte Film zum Projekt Landschaftspark Junge Donau "Die DonauMeister" gezeigt

Der Film wird nicht gezeigt.